

ORGAN: Menschenrechtsrat

THEMA: GEZIELTE TÖTUNGEN BEI DER TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

DER MENSCHENRECHTSRAT,

*entschlossen*, sich für die Menschenrechte einzusetzen und den Terrorismus in der Welt entschieden zu bekämpfen,

*erinnernd* an das International Human Rights Law, das den Einsatz von gezielten Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten um Menschenleben zu retten erlaubt,

*unter Hinweis* auf Artikel 2 der Charta und die Souveränität der Staaten,

*unter Berücksichtigung* der Resolution vom 18. Juni 2008, die alle erniedrigenden Strafen verurteilt und jedem Menschen das Recht auf faire Behandlung zuteilt,

*in Kenntnis*, dass die UN-Charta die gezielte Tötung als Gewaltakt einstuft,

*erinnernd* an die Opfer und an das Leiden, die Terrorismus als Gefahr für die Weltbevölkerung verursacht hat:

1. *untersteicht*, dass das gezielte Töten ohne handfeste Beweise eines Rechtsstaats nicht würdig ist;

2. *betont*, dass in besonderen Fällen gezielte Tötungen auf Grundlage des Selbstverteidigungsrechts nach Artikel 51 der UN-Charta oder als Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes durch einzelne Staaten vorgenommen werden;

3. *hebt hervor*, dass auch Terroristen ein Recht auf einen fairen Prozess und auf eigene Verteidigung haben;

4. *verlangt* die genauen Regelungen von gezielten Tötungen bei der Terrorismusbekämpfung, beruhend auf der Sonderberichterstattung A/HRC/14/24/Add. 6, die zu mehr Transparenz führen soll, indem

a) ein Staat vor dem UN-Sicherheitsrat erklären soll, welche völkerrechtlichen Regeln als Grundlage für solch eine gezielte Tötung genommen wurden und warum die Entscheidung für eine Tötung anstatt einer Gefangennahme gefallen ist,

b)im Falle einer gezielten Tötung im Hoheitsgebiet eines anderen Staates diese von beiden Staaten vor dem UN-Sicherheitsrat gerechtfertigt werden,

c)im Falle eines längerfristig geplanten Gewaltaktes im Hoheitsgebiet eines anderen Staates vorher Absprache mit diesem gehalten werden soll;

5.kommt zu der *Überzeugung*, dass das gezielte Töten weiterhin dennoch als letztes Mittel der Terrorismusbekämpfung anerkannt werden soll;

6.betont, dass die Vereinten Nationen bei der Bekämpfung von gezielten Tötungen wichtige Aufgaben haben, da sie

a)sich für Menschenrechte einsetzen,

b)für das Recht auf einen fairen Prozess kämpfen,

c)Gewalt als politisches Mittel verurteilen,

d)möglichst friedlich und diplomatisch bei Konfliktlösung vorgehen müssen;

7.beschließt, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.